

Das Theater im Dorfgemeinschaftshaus von Diepensee

Am Montag, den 5. März 2012, fand im Dorfgemeinschaftshaus von Diepensee die Anhörung der Vertreter von 37 Bürgerinitiativen gegen den massenhaften Einsatz der Windkraft im Land Brandenburg statt. In der Einladung der CDU, die ich freundlicherweise vom Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“, Herrn Hans-Jürgen Klemm, erhalten habe, steht



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Vertreter/innen der Bürgerinitiativen,

der Entwurf der Energiestrategie 2030 der Landesregierung Brandenburg steht unmittelbar vor der Beschlussfassung. Demnach beabsichtigt die Landesregierung einen beschleunigten Ausbau der Windenergie mit einem geplanten Flächenverbrauch von zwei Prozent der Landesfläche. Dies entspricht einer Fläche von fast 600 km² – also viermal die Fläche wie die Stadt Frankfurt/Oder. Für die Märkische Union steht jedenfalls fest, dass wir das ohne konkrete Vorgaben und Kriterien nicht akzeptieren können.

Während andere über Akzeptanz, Transparenz und Bürgerbeteiligung reden, laden wir Sie als Vertreter Ihrer Bürgerinitiative zu unserer Veranstaltung bzw. Anhörung ein. Wir sind interessiert, Ihre Meinung und Probleme zu erfahren, um daraus Schlussfolgerungen für unser politisches Handeln zu gewinnen.

Wir freuen uns auf Sie!

Es grüßt Sie herzlich



Saskia Ludwig

Dr. Saskia Ludwig
Fraktionsvorsitzende



Steeven Bretz

Steeven Bretz
Sprecher für Energiepolitik

Ich war gespannt und überrascht. Zwei maßgebliche Vertreter der Regierungspartei, welche ohne Zweifel die Hauptschuld an der ganzen Misere der Daseinsvorsorge in Deutschland trägt, zeigen Verständnis für die Bürgerinitiativen gegen den massenhaften Einsatz von Windkraftanlagen in Brandenburg?

Erinnern wir uns:

In den 90er Jahren wurde unter Führung von CDU/ CSU, FDP und SPD die Daseinsvorsorge der Städte und Gemeinden erbarmungslos vermarktet und damit die auf das Gemeinwohl orientierten Steuerungs- und Handlungsvollmachten der Kommunen erheblich eingeschränkt.

Der Kauf der kommunalen Energieanlagen und Versorgungsnetze erfolgte mit dem festen Versprechen der neuen Eigentümer, dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,
- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie versorgt wird,
- die Energiepreise für die Kunden sinken werden,
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden,
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass
- die Städte und Gemeinden bedeutende Konzessionsabgaben erhalten werden.

Alle diese Versprechen wurden nicht eingehalten. Haben wir das schon vergessen?

Die Wurzel allen Übels und aller aktuellen Probleme der Daseinsvorsorge ist offensichtlich der nicht zu lösende Widerspruch, dass bei privaten Unternehmen der Maximalgewinn und bei den Kommunen das Gemeinwohl, d.h. der Mensch, im Mittelpunkt aller Bestrebungen steht. Folgt man dieser Logik, dann müssten sich praktisch alle Bürgerbewegungen zunächst mit der Zielstellung vereinen, die Daseinsvorsorge (als erstes natürlich die Netze!) wieder in die Hände der Kommunen zu legen. Das ist jedoch nicht geschehen. Im Gegenteil, jede Bürgerbewegung in Deutschland beschäftigt sich mehr oder weniger mit ihren ganz spezifischen eigenen Problemen. Das Prinzip „Teile und herrsche!“ scheint auch in diesem Fall zu funktionieren. Die Vereinigung der Bürger für eine demokratische Daseinsvorsorge ist eine Bedrohung für die gegenwärtige Bundesregierung und deshalb unzulässig. Nicht zufällig hat die Bundesregierung noch das ÖPP-Beschleunigungsgesetz verabschiedet, mit dem auch die letzten öffentlichen Güter der Kommunen (Straßen, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser u.v.a.m.) vermarktet werden.

Zurück zur Anhörung!

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Fraktionsvorsitzende der CDU, Frau Dr. Saskia Ludwig, übernahm Herr Steeven Bretz (Sprecher für Energiepolitik der CDU) die Leitung der Anhörung. Als Gastgeber legte er fest, dass für alle Vorträge, Diskussionsbeiträge und Anfragen ein Zeitlimit von 5 Minuten (maximal 7 Minuten!) einzuhalten ist.

Folgende Vorträge wurden gehalten:

| | |
|----------------|---|
| Herr Niebach | Aus seinem persönlichen Leben am Windpark |
| Herr Heunemann | Energiebilanz |
| Herr Beyer | Neodym, Kohle, Klima |

| | |
|-------------------------------|--|
| Herr Schöndube | Amortisation von Windkraftanlagen |
| Frau Dr. Deckert/Herr Gurczik | Naturschutz und Wald |
| Frau Matzky | Probleme einer Unternehmerin (Reiterhof) |
| Frau Dahms | Abstand Wohnbebauung |

Sämtliche Vorträge zeigten das große Engagement der Bürgerbewegungen über viele Jahre gegen das Horrorszenarium der neuen Energiepolitik. Auf Grund des festgelegten Zeitlimits wurden gute Beiträge leider auch abgelesen und verloren dadurch ihre emotionale Wirkung. Was waren die wirklichen Motive dieser Veranstaltung? Ein neues Energiekonzept wurde von den Vertretern der CDU nicht vorgelegt. Ist die Zeit der Anhörungen nicht schon längst vorbei? Kennt die Volkspartei nicht die Meinungen und Forderungen der seit vielen Jahren bestehenden Bürgerbewegungen gegen das Energiekonzept der Bundesregierung? Ich fühlte mich wie auf einer Wahlveranstaltung. Oben saß die CDU mit den 7 Referenten, unten das Volk! Der Versammlungsleiter legte fest, wer zusätzlichen Beifall bekommt und wer nicht. Die Mehrzahl der anwesenden Vertreter der Bürgerbewegung folgte korrekt diesen Anweisungen! Mit großer Freude wurde zur Kenntnis genommen, dass die CDU gegen die Erzeugung und den Einsatz von Biokraftstoffen ist. Was sie tatsächlich dagegen tut, wurde nicht mitgeteilt! War das Wahlpropaganda? Zu allen anderen Problemen und Fragen gab es von Seiten der CDU-Vertreter keinerlei Stellungnahmen.

Der m.E. sehr gute Vorschlag, die Vertreter der Bürgerbewegung und Energiepolitik aller Parteien mit den Energiespezialisten, Fachleuten an einem „Runden Tisch“ zusammenzubringen um grundlegende Fragen der Daseinsvorsorge zu lösen, wurde von den CDU-Vertretern ohne einen einzigen Widerspruch abgeschmettert. Spätestens an dieser Stelle, hätte jeder im Saal begreifen müssen, was tatsächlich abläuft. „Nachtigall ick hör dir trapsen!“, sagt doch auch der Brandenburger. Vielleicht wäre das endlich eine Chance, die gravierenden Probleme der Daseinsvorsorge kompetent und tiefgründig - ohne Zeitlimit - auszudiskutieren und Lösungen zu finden.

Im Schlusswort bedankte sich Frau Dr. Ludwig für die aktive Teilnahme aller Vertreter der Bürgerbewegungen und versprach, sich mit den aufgeworfenen Fragen und Problemen zu beschäftigen. Gleichzeitig warnte sie jedoch auch vor falschen Hoffnungen und Illusionen hinsichtlich einer Wende in der bundesdeutschen Energiepolitik.

Als Resümee lässt sich die „Anhörung“ der Vertreter der Bürgerbewegungen durch die CDU wie folgt zusammenfassen:

Die CDU hat bei den Anwesenden erneut die Illusion verbreitet, dass sie sich für die Sorgen und Nöte der Bürger von Brandenburg interessiert und einsetzen wird. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sammelt sie Themen und Argumente für die kommenden Wahlen. „Ventile des Volkzorns“ wurden in der Hoffnung geöffnet, dass dadurch die Unzufriedenheit der Menschen mit der Energiepolitik der Bunderegierung abgebaut wird. Ohne Zweifel war diese „Anhörung“ ein gut inszeniertes Theater.

6. März 2012/Dr. Schacht